

Selektive Wahrnehmung

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **98 (2018)**

Heft 1060

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-816165>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FREIE SICHT

Selektive Wahrnehmung

Kürzlich führten die «tagesschau» und die «Welt» gemeinsam eine Umfrage durch. Die Schlagzeile bei der Präsentation der Ergebnisse? «Mehrheit für Beobachtung der AfD durch Verfassungsschutz.» Tatsächlich sprechen sich in der Umfrage 65 Prozent der Befragten für eine Überwachung der AfD aus. Allerdings: 69 Prozent kritisierten in derselben Umfrage die deutsche Flüchtlingspolitik im Hinblick auf Kriminalität und Arbeitsmarkt, enorme 83 Prozent kritisierten unzureichende Abschiebungen.

Was aber allein die «Welt» berichtet: nur 43 Prozent der Befragten sprechen der Bundesregierung noch ihr Vertrauen aus, ganze 78 Prozent halten sie für «zu zögerlich», nur noch ein Drittel hält die Partei der Kanzlerin für «kompetent» in der Migrationspolitik. Die Schlagzeile aber lautete, ich wiederhole: «Mehrheit für Beobachtung der AfD durch Verfassungsschutz».

Tags darauf geisterte eine neue Headline durch die Medien: «Trump macht den Deutschen am meisten Angst» («Spiegel»). Sie basiert auf einer anderen Umfrage, die den «grössten Sorgen der Deutschen» auf der Spur ist. Tatsächlich steht Trump auf Platz 1 dieser Zitterliste. Aber: auf Platz zwei folgt die «Überforderung durch Asylbewerber», auf Platz drei die «Spannung durch Zuzug von Ausländern», auf Platz vier die «Überforderung der Politik» und auf fünf der «Terrorismus». Während also bald zwei Drittel der befragten Bürger das Vertrauen in die Regierung und ihre Migrationspolitik verlieren, arbeiten sich die Blattmacher weiter an den leidlich bekannten Feindbildern Trump und AfD ab. Es macht fast den Eindruck, als wollten sie Leser und Regierung gleichermassen vor den «falschen» Ängsten der Bevölkerung schützen. Ein Fehler. Denn das Wegschauen aus Angst vor den Rändern macht ebendiese nur noch stärker. Das hilft am Ende weder der Regierung noch den Lesern – und sicher nicht den Medien selbst. Ihnen trauen laut obiger Umfrage nur noch 47 Prozent.

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Elternzeit ist Avantgarde

Die FDP hat viele überrascht, als sie jüngst eine 16wöchige «Elternzeit» als Gegenvorschlag zur Initiative für einen Vaterschaftsurlaub präsentierte. Der Haken: das Ja zur Elternzeit hing an einem Nein zur Krippenanschubfinanzierung, obwohl absehbar war, dass diese kurz darauf verlängert werden würde. Schade! Denn sie wäre ein logischer Schritt zu gleichberechtigter Elternschaft. Warum? Zwar werden beide Geschlechter mit der Geburt eines Kindes zu Eltern, staatlich «geschützt» – und damit in die Pflicht genommen – wird aber nur die Frau. Liberal wäre es, die Verantwortung keinem (kaum durchsetzbar) oder *beiden* Teilen aufzuerlegen, um dann *beide* privat entscheiden zu lassen, wie sie sich aufteilen wollen. Der «Vaterschaftsurlaub», der links aktuell mit «Besser als nichts»-Parolen verteidigt wird, zementiert hingegen weiterhin die traditionelle Rollenaufteilung ab Geburt. Egal, ob am Ende vier oder – realistischer! – zwei Wochen davon übrig bleiben: die entstehenden Kosten sind rausgeschmissenes Geld.

Anders die Elternzeit: sie kostet zwar mit maximal 480 Millionen Franken jährlich initial mehr, dabei handelt es sich aber um echte Investitionen: Machen nämlich mehr und mehr Paare davon Gebrauch, ändert sich nicht nur das Betreuungsregime im liberalen Sinne, auch die private Vereinbarungsthematik würde vom Frauen- zum Elterntema und die Erwerbsquote der Mütter zöge damit an! Allein die aktuell 50 000 Akademikerinnen «am Herd» haben nämlich laut der Handelskammer St. Gallen 5,75 Milliarden Franken an Ausbildungskosten verursacht, ohne dass ihr Potenzial genutzt würde – ausbleibende Sozialabgaben und Steuern nicht miteinberechnet.

Diese permanente Verschwendung und ihre Bewirtschaftung durch linke und konservative Parteien ist ein Skandal, liebe FDP. Ihr seid das Zünglein an der Waage in der Familienpolitik, deshalb bringt doch immerhin *das Modell* der Elternzeit kraftvoller ins Spiel, schliesslich lohnt es sich am Ende für alle Beteiligten, nicht zuletzt für euch!

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.